
Der amerikanische Präsident

Thomas Jäger

1 Einleitung

Das amerikanische Präsidentenamt gilt zu Recht als eine der mächtigsten politischen Positionen weltweit. Das hängt *erstens* damit zusammen, dass die USA seit vielen Jahrzehnten unangefochtene Weltmacht sind und über erhebliche Machtmittel verfügen. Diese stehen dem Präsidenten zur Verfügung. *Zweitens* verfügt der Präsident über eine hohe Legitimation, weil er direkt gewählt ist. *Drittens* hat er in der politischen Auseinandersetzung mit der Legislative erhebliche Einflusschancen, seine Politik auch durchzusetzen.

Gleichwohl kann er in der Außenpolitik nicht schalten und walten wie er will, sondern muss für seine Politik werben und andere davon überzeugen: die eigene Partei, die Legislative, die Öffentlichkeit – und andere Regierungen und Gesellschaften, wenn die USA internationale Führung übernehmen wollen.

Der amerikanische Präsident wird unabhängig von der Legislative vom Volk – über ein Wahlleutokollegium – gewählt. Er ist Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberkommandierender der Streitkräfte in einer Person und spielt auch noch eine gewichtige Rolle im legislativen Prozess der USA. Dies bedeutet eine besonders starke Legitimation, um seine politischen Aufgaben zu erfüllen, die sich ihm als oberste Autorität der Exekutive (*Chief Executive*) und Oberbefehlshaber der Streitkräfte (*Commander-in-Chief*) stellen. Dazu gehören auch außenpolitische Planungen, Entscheidungen und Umsetzungen.

T. Jäger (✉)
Universität zu Köln, Köln, Deutschland
E-Mail: thomas.jaeger@uni-koeln.de

Auf dem Gebiet der Außenpolitik nimmt der Präsident eine Vorrangstellung ein, die ihm vom Kongress hin und wieder streitig gemacht wird. Meistens aber akzeptiert die ebenfalls unabhängig gewählte Legislative die führende Stellung des Präsidenten. Mehr noch: sie fordert ihn in vielen Fällen zu strikterem und entschlossenerem Handeln auf. In den letzten hundert Jahren, als die USA mehr und mehr in internationalen Krisen engagiert waren, kontinuierlich vitale außenpolitische Interessen verfolgten und mit dem Zweiten Weltkrieg endgültig zur unangefochtenen Weltmacht aufstiegen, was sie auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts blieben, entwickelte sich das Präsidentenamt zum politischen Kraftzentrum in den USA und sicherte dies durch einen immer größeren bürokratischen Unterbau ab.

Mit der Einrichtung der Geheimdienste, die *Central Intelligence Agency* wurde 1947 gegründet, wurden die Fähigkeiten verbessert; mit der angestrebten Straffung der Kompetenzen im *Department of Homeland Security* (DHS) im Jahr 2002 sollten Sicherheitsmaßnahmen effektiver umgesetzt werden können. Damit sind die USA historisch einen weiten Weg gegangen, denn die Exekutive wurde durch die Dienste und das DHS außen- und sicherheitspolitisch so gestärkt, dass sie auch tief in die eigene Gesellschaft einwirken kann. Das wollten die Vertreter einer schwachen Regierung immer verhindern. Für sie waren die USA vor allem ein Garant gesellschaftlicher Freiheit. Aus ihrer Sicht entwickelten sich die USA nunmehr zu einem Sicherheitsstaat.

Das Amt des amerikanischen Präsidenten ist ausgesprochen machtvoll. Und gleichzeitig sind die Präsidenten derart in die Machtteilung und -verschränkung verstrickt, dass sie *erstens* nur unter vielen Restriktionen agieren können und *zweitens* für die Umsetzung den bürokratischen Riesenapparat der Exekutive erst einmal in Gang setzen müssen. Auch wenn der Präsident in vielen, wenn auch nicht allen außenpolitischen Belangen der letzte Entscheidungsträger ist, seine Entscheidungen werden durch vielgestaltige Umstände konditioniert und deren Umsetzung trifft auf andere Akteure – die Bürokratie und die Legislative, beide in politikpraktischer Verbindung zu gesellschaftlichen Interessen- und Lobbygruppen, insbesondere auch international agierenden Unternehmen –, die jeweils eigene und damit auch andere Interessen verfolgen.

2 Machtteilung und -verschränkung

Historisch lässt sich die Entwicklung der politischen Machtfülle des Präsidentenamtes nur in der Auseinandersetzung mit dem zweiten Machtzentrum, dem Kongress, verstehen. Präsident und Kongress ringen von Beginn an um die Prärogative im

politischen System. In diesem Wettstreit hat die Exekutive in den letzten Jahrzehnten insbesondere auch aufgrund der außenpolitischen Rolle der USA an Gewicht gewonnen. Die Exekutive nutzte ihren Informationsvorsprung und die konzentriertere Handlungsfähigkeit, um gegenüber der Legislative an Einfluss zu gewinnen.

Dabei ist es die Grundidee des politischen Systems der USA, diesen Wettstreit auf Dauer zu stellen, ihn nicht zu entscheiden, sondern aus dem widerstreitigen Miteinander Legitimation, Dynamik und Kontrolle der politischen Macht zu generieren. Das klingt unrealistisch in einer Zeit, in der die Legitimation der politischen Ordnung schwach ausfällt. In Nicht-Krisenzeiten liegen derzeit die Zustimmungswerte zu Präsidenten eher um die 50 %, die Zustimmung zum Kongress liegt schon länger unter 20 %. Zudem hat eine populistische Dynamik die USA erfasst. Die Kontrolle der Exekutive fällt hauchdünn aus, wie die Veröffentlichungen der von Edward Snowden entwendeten Dokumente ausweisen, insbesondere im Vergleich zur Kontrolle der Bürger. Nicht auszuschließen ist, dass die Dynamik zwischen Präsident und Kongress die Entwicklung wieder in eine andere Richtung drängen kann, wie dies in der Vergangenheit schon geschehen ist. Eine Garantie gibt es aber nicht, dass es so kommt.

Hinter dem Wettbewerb zwischen Exekutive und Legislative steht auch ein Verfassungsstreit, wer von beiden die Prärogative in der Außenpolitik hat – Präsident oder Kongress. Art. II der Verfassung, in dem die Kompetenzen des Präsidenten aufgelistet sind, ist jedenfalls so unscharf, dass sich ein Vorrang des Präsidentenamtes für die Außenpolitik nicht herauslesen lässt. Die Vertreter dieser politischen Ambition sehen in der Rolle des Oberbefehlshabers und den damit verbundenen Aufgaben die zentrale Begründung für die Dominanz des Präsidenten.

Zudem ist das Präsidentenamt die einzige nationale Institution. 535 Repräsentanten und Senatoren können aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit diese Aufgabe nicht erfüllen. Die Exekutive – das ist der Präsident. Historisch haben sich das Amt und die Exekutive auch erst in den letzten Jahrzehnten zu dem großen Apparat entwickelt, den sie heute darstellen. Doch immer noch konzentrieren sich sowohl die Entscheidungsgewalt als auch die öffentliche Wahrnehmung auf den Präsidenten. Solange er sich in Krisen nicht äußert, haben „die USA“ nicht gesprochen.

Die Machtteilung und -verschränkung bleibt auch beim Vorrang der Exekutive in der Außenpolitik bestehen, obwohl sie in bestimmten Phasen sehr asymmetrisch ausgebildet ist.

Imperiale Präsidentschaft nannte Arthur M. Schlesinger einen Zustand des politischen Systems, in dem die konstitutionelle Balance zugunsten des Präsidentenamtes verschoben wird und die politische Verantwortlichkeit des Präsidenten eingeschränkt wird. In einer imperialen Präsidentschaft wird er nicht mehr

zur Verantwortung gezogen, kann sein Verhalten intransparent gestalten und auf diese Weise seinen autonomen Machtbereich immer weiter ausdehnen. Schlesinger stellte diese Interpretation im Anschluss an die Präsidentschaft von Richard Nixon an. Danach dachten viele Beobachter, dass die Überdehnung der Amtsanmaßung dazu geführt hätte, dass die Balance auf Dauer wieder hergestellt sei und insbesondere der Kongress seine Kontrollaufgaben wieder wirksamer übernehmen würde. Doch mit der Präsidentschaft von George W. Bush wurde das Konzept wieder zur Interpretation herangezogen, weil die Exekutive ohne entsprechende Kontrolle, intransparent und autonom handelte.

Schlesinger ging davon aus, dass der Ausgangspunkt der imperialen Präsidentschaft in der Außenpolitik liegt. Außenpolitische Interessen und internationale Konfliktlagen führen dazu, dass sich der Präsident der Kontrolle entziehen möchte – Nixon in Vietnam (und bei Watergate), Bush im Irak. Darüber hinaus wird seitens der Exekutive angestrebt, die eigene Kontrolle über den politischen Gegner, aber auch die gesamte Gesellschaft zu intensivieren. Bushs Diktum von 2001: „wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, brachte dieses manichäische Weltbild präzise auf den Punkt. Die Ermächtigung zur Gewaltanwendung durch den Einsatz der amerikanischen Streitkräfte (*Authorization for Use of Military Force*) nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde dann auch im Repräsentantenhaus mit 420 zu einer Stimme und im Senat einstimmig mit 98 zu 0 verabschiedet. Die daraus abgeleitete Autorität und Legitimation nutzte der Präsident weit und intransparent aus und der Kongress wurde seiner ausgleichenden Aufgabe für einige Zeit nicht mehr gerecht.

3 Die Wahl des Präsidenten

Die Ausgestaltung des Machtgefüges hängt wesentlich davon ab, wer zum Präsident gewählt wird. Seine persönlichen Merkmale spielen eine große Rolle (*personal president*); ebenso aber auch die institutionelle Organisation seines Amtes (*institutional presidency*), wozu die um das Weiße Haus angesiedelten Behörden und Institutionen zählen.

Präsident der Vereinigten Staaten wird, wer in der Wahl – die am Dienstag nach dem ersten Montag im November alle vier Jahre stattfindet – die Mehrheit der Wahlmänner und -frauen (*Electoral College*) auf sich vereinigt. Diese werden in den einzelnen Bundesstaaten nach dem Prinzip bestimmt, dass der Kandidat, der die Mehrheit der Stimmen der Bevölkerung erhält, alle Wahlleute des Bundesstaates auf sich vereinigt. Wie immer gibt es im politischen System der USA auch hier ein paar Ausnahmen. 538 Stimmen sind zu vergeben; 270 muss ein Kandidat mindestens

erhalten. In jedem Staat kommt die Anzahl an Wahlmännern und -frauen dadurch zustande, wie dieser durch Senatoren und Kongressabgeordnete repräsentiert wird. Hinzu kommen drei Stimmen aus Washington D.C. Falls keiner der Kandidaten die Mehrheit von 270 Stimmen erhält, wählt das Repräsentantenhaus einen Kandidaten aus den drei Meistgewählten. Der Senat wählt den Vizepräsidenten. Dazu müssen die Kandidaten geborene amerikanische Staatsbürger (*natural born citizens*), mindestens 35 Jahre alt sein und seit 14 Jahren ihren Wohnsitz in den USA haben. Niemand darf seit 1951 (22. Zusatzartikel) öfter als zweimal zum Präsidenten gewählt werden. Offiziell ins Amt eingeführt wird der Präsident seit 1933 stets am 20. Januar.

Von Politik und insbesondere von Außenpolitik müssen die Kandidaten nicht unbedingt etwas verstehen. Da es häufig Gouverneure oder Senatoren sind, die als Kandidaten antreten, verfügen sie gewöhnlich über einige innenpolitische Erfahrung. Selten kommen Präsidenten ins Amt, die wie Präsident H.W. Bush zuvor breite außenpolitische Erfahrung gesammelt haben: er war Botschafter bei den Vereinten Nationen, Gesandter in China und Direktor der CIA, bevor er zuerst Vizepräsident unter Ronald Reagan und dann selbst Präsident wurde. Deswegen spielen die außenpolitischen Berater des Präsidenten (unten dazu mehr) eine sehr wichtige Rolle, gerade zu Beginn seiner Amtszeit.

Um Präsident zu werden, müssen sich die Kandidaten Jahre vor der Wahl auf den Weg machen, Unterstützer gewinnen, Spenden sammeln (pro Kandidat kann gut mit einer Mrd. US-Dollar gerechnet werden), Wahlkampfteams in den einzelnen Bundesstaaten aufbauen, hunderte von Bürgerversammlungen (*Town Hall Meetings*) abhalten und ihre Aufmerksamkeit den Problemen des ländlichen Iowa, wo die Wahlen traditionell beginnen, zuwenden. Das heißt, Präsidenten haben, sobald sie ins Amt kommen, einen sehr langen Wahlkampf hinter sich und müssen dann von einem Tag auf den anderen nicht nur ihr Auftreten ändern, sondern sich auch mit ganz anderen Problemen beschäftigen. Während fast alle Kandidaten im Wahlkampf beteuern, sich vor allem um die inneren Probleme des Landes kümmern zu wollen, holen sie die außenpolitischen Krisen bald ein. Das hat zwei Gründe: Der eine ist, dass die USA als Weltmacht in allen relevanten Krisen gefordert sind und über einen großen außenpolitischen Apparat verfügen, der Diplomatie, Sicherheit und Handel abdeckt. Die USA streben dabei an, ihre Ordnung auch international durchzusetzen, indem sie beispielsweise anderen Staaten einen erweiterten Sicherheitsschirm anbieten oder Unternehmen und Staaten dadurch unter Druck setzen, dass sie ihnen drohen, ihnen den Zugang zum Dollar zu verwehren (hierzu der Beitrag über die Währungspolitik). Die USA spielen in den wichtigen internationalen Institutionen der Weltwirtschaftsordnung, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie der Welthandelsorganisation eine herausgehobene Rolle (hierzu den Beitrag über die

internationalen Organisationen) und sind die mit großem Abstand stärkste Nation in dem wichtigen sicherheitspolitischen Bündnis NATO (hierzu den Beitrag über die Sicherheitspolitik).

Es gibt aber noch einen anderen Grund. Der amerikanische Präsident ist innenpolitisch durch die Gewaltenteilung und -verschränkung relativ schwächer als in der Außenpolitik. Da seine politische Statur wesentlich aus Prestige gespeist wird, ist es für ihn ungünstig, dass er schwächer ist, als es sein mediales Image vermuten lässt. International aber kann er stark auftreten, was sich *erstens* imagepolitisch gut verkaufen lässt und ihn *zweitens* ins Zentrum weltpolitischer Konflikte stellt.

4 Präsident und Kongress

Die beiden machtvollen Institutionen im politischen System der USA, Exekutive und Legislative, sind vollständig voneinander getrennt. Niemand darf beiden Institutionen angehören (der einzigen Ausnahme werden wir uns weiter unten widmen). Sie werden separat gewählt und agieren verschränkt, weil sie im Gesetzgebungsprozess aufeinander angewiesen sind. Sie können sich nicht gegenseitig auflösen oder absetzen (siehe hierzu auch den Beitrag über den Kongress). Sie müssen miteinander auskommen, wenn sie politisch etwas bewegen wollen. Richard E. Neustadt hat dies formuliert als „a government of separated institutions *sharing* powers“ (Neustadt 1960, zit. n. Neustadt 1990; Hervorhebung im Original).

Einmal im Jahr tritt der Kongress zusammen, um den Bericht zur Lage der Nation (*State of the Union*) zu hören. Es ist die einzige Gelegenheit, bei der der Präsident zu beiden Häusern des Kongresses spricht; er hat in den Debatten der beiden Kammern der Legislative kein Rederecht und nimmt auch an den Aussprachen nicht teil.

In der *State of the Union* legt der Präsident dar, wie die Lage der USA sich nach seiner Einschätzung gerade darstellt, wie es sicherheits- und außenpolitisch, aber auch innen-, wirtschafts- und sozialpolitisch um das Land steht und erläutert gleichzeitig seine zentralen Gesetzesvorhaben für das nächste Jahr. Er fordert die Abgeordneten auf, bestimmte Gesetze zu verabschieden und nutzt hierbei die große Öffentlichkeit (Millionen Amerikaner verfolgen diese Rede), um politischen Druck aufzubauen. Er bleibt aber darauf angewiesen, dass die Abgeordneten und Senatoren dies aufgreifen. Erzwingen kann er es nicht.

Der Präsident muss also die Abgeordneten für seine Vorhaben gewinnen, weshalb gute Kontakte zum Kapitol ausschlaggebend sein können. Ehemalige Abgeordnete und Senatoren treten als Lobbyisten des Präsidenten auf, die Stabsebene der Repräsentanten und Senatoren steht mit den Mitarbeitern des Präsidenten in regem Austausch. Dabei gilt es *erstens* eine Beziehung einzugehen, die politisch tragfähig ist, um *zweitens* für bestimmte Gesetzesvorhaben zu werben.

Solange der Präsident beliebt ist und sich alle Abgeordneten von einem engen Kontakt Vorteile versprechen, kann der Präsident über Einladungen – vom Frühstück bis zum Abendessen, zu kurzen Treffen ebenso wie zu langen Reisen – auch selbst Abgeordnete gewinnen. Präsident Johnson hat dies auch dazu genutzt, die Abgeordneten wissen zu lassen, was er so alles über sie wusste (andere aber nicht wissen sollten). Es geht also nicht nur darum, gefällig und charmant zu sein; hin und wieder werden auch politisch die Fäuste gehoben. Auf diese Arten und Weisen sollen die Mitglieder des Kongresses überzeugt werden, den Gesetzesvorhaben zuzustimmen, die der Präsident realisiert sehen möchte.

Dabei haben diejenigen Präsidenten einen deutlichen Vorteil, die gut darin sind, persönliche Beziehungen einzugehen und Kompromisse zu schließen. Das gilt vor allem dann, wenn der Kongress nicht von der Partei des Präsidenten dominiert wird. Zwar muss auch dann, wenn Präsident und die Mehrheit der Legislative derselben Partei angehören, ein Präsident versuchen, die selbstbewussten Mitglieder der Legislative zu überzeugen und ihnen Vorteile zu verschaffen – von Investitionen in den Wahlkreisen bis zur Unterstützung beim nächsten Wahlkampf –, wenn dies nicht der Fall ist, wird es jedoch noch schwieriger. Dann müssen tiefe ideologische Gräben überwunden werden und der Präsident muss nicht nur die Abgeordneten der Gegenpartei, sondern auch die seiner eigenen von den Kompromissen überzeugen. Bill Clinton war darin sehr gut; Barack Obama gelang es überhaupt nicht. Politische Überzeugung und Persönlichkeit eines Präsidenten kommen hier besonders ins Spiel.

Aus politischen Gründen kann die Legislative den Präsidenten nicht seines Amtes entheben. Dies kann nur im Wege der Amtsanklage geschehen, wenn er wegen Verrats, Bestechung oder anderer Verbrechen angeklagt wird. Dann entscheidet das Repräsentantenhaus mit einfacher Mehrheit, ob der Präsident angeklagt wird. Sodann befindet der Senat unter dem Vorsitz des *Chief Justice* des Obersten Bundesgerichts mit Zweidrittelmehrheit, ob der Präsident schuldig im Sinne der Anklage ist. Richard Nixon kam einer Amtsanklage durch seinen Rücktritt 1974 zuvor; bei Bill Clinton wurde 1999 vom Repräsentantenhaus eine Anklage an den Senat verwiesen, dort aber abschlägig befunden. Verurteilt wurde bisher noch kein Präsident.

Der Fall Clinton – nicht nur die Verhandlung im Senat, sondern auch die lange Vorbereitung der Anklage – verdeutlicht, dass in diesem Fall die Parteizugehörigkeit die ausschlaggebende Erklärung für das Verhalten der Akteure war.¹

5 Vizepräsident

Der Vizepräsident folgt dem Präsidenten im Amt, falls dieser aus irgendeinem Grund ausscheidet oder verstirbt. Das ist seine wichtigste Funktion. Bis zu diesem Zeitpunkt hängt sein Einfluss von persönlichen Eigenschaften ab; seine institutionelle Rolle ist sehr begrenzt. Es gab Vizepräsidenten, die einen erstaunlichen Einfluss auf die Politik des Präsidenten ausübten, wie etwa Dick Cheney. Andere erfüllten Funktionen im Auftrag des Präsidenten, indem sie ihn sowohl in der Außenpolitik unterstützen, als auch die Beziehungen zum Kongress pflegten.

Tritt ein Vizepräsident zurück, ernannt der Präsident einen neuen Vizepräsidenten, wofür er die Zustimmung beider Kammern der Legislative benötigt.

Der Vizepräsident ist Vorsitzender des Senats, seine Stimme gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Aber nur dann hat er eine Stimme und er nimmt an den Sitzungen des Senats ansonsten auch nicht teil. Das Amt des Vizepräsidenten ist insofern eine Ausnahmeerscheinung in der politischen Ordnung, als nur er sowohl Mitglied der Exekutive als auch der Legislative ist. Ansonsten gilt ein striktes Trennungsgebot: wer der Exekutive angehört, darf der Legislative nicht angehören.

6 Wer erklärt Krieg?

Die Verfassung hat die Aufgaben im militärischen Politikfeld zwischen Präsidenten und Kongress geteilt. Der Kongress stellt Streitkräfte auf und unterhält sie. Der Kongress erklärt den Krieg. Der Präsident hat das Oberkommando über die Streitkräfte und führt den Krieg. Obwohl die USA in der politischen Praxis keine Kriege mehr erklären, gilt die Frage, wer in den USA Krieg erklären kann – konkret: wer Truppen in militärische Konflikte entsenden kann – als eine der besonders wichtigen Kompetenzauseinandersetzungen zwischen dem Kongress und dem Präsidenten. Die Verfassung ist auf den ersten Blick eindeutig: allein der Kongress hat

¹Die Geschichte des Impeachment von Präsident Clinton ist vielfach beschrieben worden, sehr umfassend von Gormley (2010).

das Recht und die Pflicht, Krieg zu erklären. Präsidenten aber argumentieren, dass ihnen dieses Recht als Oberbefehlshaber der Streitkräfte zustünde. Zudem würde der Kongress ja entsprechende Haushaltsmittel bewilligen und somit seine implizite Zustimmung geben.

In der Praxis gab es über diese Frage eine harte Auseinandersetzung wegen des Korea- und des Vietnamkriegs, die beide ohne Kriegserklärung geführt wurden. Um den Kompetenzstreit zu klären, verabschiedete der Kongress 1973 den *War Powers Act*. Präsident Nixon versuchte noch, die Verabschiedung durch ein Veto zu verhindern. Vergeblich, weil der Kongress dieses aufschiebende Veto mit seiner Zweidrittelmehrheit überstimmte. Alle Präsidenten seither haben das Gesetz, obwohl es geltendes Recht ist, als verfassungswidrig angesehen. Formal hielten sie sich daran, allerdings haben sie ihre juristischen Möglichkeiten sehr elastisch ausgelegt.

Der Präsident kann dem Gesetz nach Truppen ohne Kriegserklärung in Kampfhandlungen schicken, muss den Kongress aber innerhalb von 48 h informieren. Dann könnte der Kongress diesen Einsatz per Gesetz untersagen und beenden. Dieses legislative Veto ist allerdings durch Rechtsprechung unterbunden. Äußert der Kongress sich nicht, muss der Präsident die Truppen nach 60 Tagen, die um weitere 30 Tage verlängert werden können, zurückordern.

Das Urteil über den Umgang mit diesem Gesetz fällt unterschiedlich aus. Manche Beobachter gehen davon aus, dass es Präsidenten eher vorsichtig agieren ließ, wenn es um militärische Einsätze ging. Jedoch umgingen sie die Beschränkungen seit Präsident Reagan, indem sie unter anderem private Militärfirmen mit Aufgaben betrauten, die über das hinausgingen, was die vom Kongress genehmigten Truppen leisten konnten. Auch argumentierten Präsidenten, dass im Ausland stationierte Truppen nicht aktiv in Kampfhandlungen eingriffen, denn dann gelte der *War Powers Act* nicht. Oder sie schufen unumstößliche Fakten, wie Präsident George H. W. Bush, der nach dem Überfall Iraks auf Kuwait amerikanische Truppen in Saudi-Arabien stationierte und erst kurz vor Beginn der Kampfhandlungen in Beratungen mit dem Kongress eintrat. Die internationale Allianz stand, die US-Truppen waren stationiert, ohne großen Imageschaden für die USA und die Streitkräfte konnte der Kongress sich nun nicht mehr querstellen. Zudem hätten die Kämpfe dann im heißen Sommer stattfinden können, sehr zum Schaden der Streitkräfte. Wenn die öffentliche Unterstützung für das militärische Vorgehen so groß ist wie nach den Anschlägen vom 11. September 2001, ist die Zustimmung des Kongresses schon aus dessen Eigeninteresse zu erwarten. Gleichwohl mussten sich Präsidenten immer wieder – etwa bei den Marine-Einsätzen im Persischen Golf Ende der achtziger Jahre – ernsthaft mit dem Kongress auseinandersetzen. Und Präsident Obama wagte es 2013 nicht, die syrische Regierung nach

dem Einsatz chemischer Kriegswaffen gegen die eigene Bevölkerung ohne die Zustimmung des Kongresses, wie zuvor angedroht, anzugreifen. Als sich deutlich abzeichnete, dass die Abgeordneten ihn nicht unterstützen werden, zog er sein Ansinnen zurück.

7 Internationale Verträge

Der Präsident kann mit Zustimmung des Senats internationale Verträge schließen. Allerdings müssen zwei Drittel der Senatoren zustimmen. Schon die einfache Mehrheit bei Gesetzen zu bekommen, ist für den Präsidenten nicht leicht. Zwei Drittel stellen eine derart hohe Hürde dar, dass viele Verträge daran scheitern würden. Die Polarisierung der Parteien trägt derzeit zusätzlich dazu bei, dass eine Einigung zwischen den beiden Lagern schwierig ist. Deshalb vereinbaren Präsidenten zunehmend internationale Abkommen als höchste Autorität der Exekutive (*executive agreement*). Völkerrechtlich sind diese Abkommen mit internationalen Verträgen gleichwertig, benötigen aber nicht die Zustimmung des Senats zum jeweiligen Abkommen. Allerdings müssen beide Häuser des Kongresses indirekt all denjenigen Abkommen zustimmen, die Kosten auslösen. Denn diese müssen dann im Haushalt eingeplant und dieser von der Legislative verabschiedet werden. Unter den letzten Präsidenten übertraf die Zahl der *executive agreements* die der internationalen Verträge deutlich, um das Acht- bis Zehnfache. Ihr Inhalt muss den beiden Kammern der Legislative innerhalb von 20 Tagen bekannt gegeben werden, um zu verhindern, dass die Exekutive verdeckte Abkommen schließt.

8 Die Fragmentierung der Exekutive

Der Präsident führt die Exekutive und seine Minister haben auszuführen, was er entscheidet. Er ist nicht der Erste unter Gleichen, sondern steht über seinen Ministern, die er mit Zustimmung des Senats berufen und aus eigenem Entschluss entlassen kann. Die Wahl seiner Berater und Minister ist deshalb auch für die Entscheidungsfähigkeit des Präsidenten bedeutsam (mehr dazu weiter unten). Zwar gibt es auch in der amerikanischen Exekutive ein Kabinett, aber es ist kein kollektives Entscheidungs-, sondern ein kollektives Beratungsgremium. In ihm treffen sich die Minister; die Zusammensetzung kann von Präsident zu Präsident variieren.

Jede große Organisation entwickelt sich zu einem eigenen Mikrokosmos, in dem eigene Regeln gelten, Menschen einen ähnlichen Stil und ein ähnliches Weltbild ausbilden und dies durch die Sozialisation der neuen Mitarbeitenden auf

Dauer beibehalten. So ist das auch mit der Bürokratie, die amerikanische Politik vorbereiten, ausarbeiten und schließlich umsetzen soll. Der Präsident steht diesen Bürokratien – mit eigenem Bewusstsein und eigenen Traditionen – nicht nur vor, sondern auch gegenüber. Er muss sie für sich gewinnen. Auch wenn zu Regierungsantritt etwa 5000 Positionen in den Führungsetagen der Ministerien mit den Gefolgsleuten des neuen Präsidenten besetzt werden, heißt das nicht, dass sie nicht unterschiedliche Interessen verfolgen. Im Gegenteil: Die einzelnen Ministerien verfolgen teilweise unterschiedliche, manchmal konträre Interessen. Die daraus entstehenden Konflikte muss der Präsident bändigen, sodass sie seine politischen Ziele nicht beschädigen.

Das gilt umso mehr, wenn der Präsident – wie es unter der Präsidentschaft Barack Obamas ausgiebig der Fall war – weniger die Minister als Leiter der Bürokratie in die Entscheidungsfindung einbezieht, sondern in diesem Prozess vor allem auf die Beratung durch seinen engen Zirkel im Weißen Haus setzt. Dann werden Fragen der Umsetzung politischer Entscheidungen nicht in den Entscheidungsprozess einbezogen, ebenso wenig wie die partikularen Fachkenntnisse und Interessen der Bürokratien. Das lässt den Präsidenten von der Umsetzung durch den Apparat noch abhängiger werden.

Denn die Exekutive ist fragmentiert in überlappende bürokratische Akteure, die überschneidende Aufgaben wahrnehmen müssen. Es gibt Doppelkompetenzen, aus denen Rivalitäten zwischen den Behörden resultieren; in anderen Bereichen verfolgen Ministerien schlicht unterschiedliche Schwerpunktsetzungen oder sehen andere Interessen für die USA als wichtig an. Dem Kongress ist das recht. Er hat ein Einspruchsrecht bei der Gestaltung der Exekutive und arbeitet die unterschiedlichen Standpunkte im Wettbewerb der Behörden um Geld und Kompetenzen bei Anhörungen immer wieder heraus. Deshalb steht der Präsident zwar an der Spitze eines Riesenapparates (siehe hierzu den Beitrag über die Ministerien), dieser lässt sich jedoch nur sehr schwer bewegen.

Für die Durchsetzung der Politik des Präsidenten ist einerseits das *Presidential Government* – zu dem die engen Mitarbeiter des Präsidenten, die Behörden im Weißen Haus und das *Executive Office of the President* zählen – bedeutsam und andererseits, wie geschickt sich der Präsident mit dem Kongress einigen kann.

Davon zu unterscheiden ist das *Permanent Government*, auf das der Präsident zurückgreifen kann und das die Politik umsetzen muss. Hierzu gehören die Ministerien und Behörden, die unabhängig vom jeweiligen Präsidenten existieren und dessen Amtszeit auch überdauern. Das *Department of State*, das *Department of Defense* sowie das *Department of the Treasury* sind besonders wichtige außenpolitische Ministerien (selbstverständlich stehen dem Präsidenten in der Innenpolitik noch viel mehr Ministerien zur Verfügung).

Das *Presidential Government* steht häufig in Konflikt mit dem *Permanent Government*, weil die Ministerien eigene Interessen bei der Umsetzung der Politik des Präsidenten verfolgen. Dass sie diese Interessen auch noch gegeneinander verfolgen, sodass im Streit um Kompetenzen, Haushaltsmittel und konkrete Politik die außenpolitisch relevanten Bürokratien gewöhnlich nicht an einem Strang ziehen, sondern im Wettbewerb zueinander stehen, ist ebenfalls hin und wieder zu beobachten.

Das wird auch dadurch nicht geheilt, dass der Präsident die Minister, die stellvertretenden Minister und die leitenden politischen Beamten (ebenso wie auch die Botschafter) ernannt, wobei diese vom Senat bestätigt werden müssen (hierzu das Kapitel Kongress). Das sind zwar die „Leute des Präsidenten“, doch wenn sie sich in ihren jeweiligen Bürokratien durchsetzen wollen, müssen sie sich deren Gepflogenheiten und deren Interessenlage anpassen. Die Bürokratien sind Teil eines Netzwerkes, das sie mit den Ausschüssen im Kongress und mit Lobbygruppen verbindet. Dieses Netzwerk formt die Interessenlage mit. Deshalb prägt das Amt die Personen, die es innehaben, stärker als die Personen das Amt. Wer von einem Ministerium ins andere wechselt, nimmt danach auch einen anderen Standpunkt ein.

Von besonderer Bedeutung ist der *National Security Council* (NSC), der 1947 gegründet wurde und dessen Aufgabe es ist, alle Politikfelder auf ihre sicherheitsrelevanten Gesichtspunkte hin zu analysieren und die verschiedenen Facetten in einer kohärenten Politik zu berücksichtigen. Es ist das wichtigste sicherheitspolitische Beratungsgremium des Präsidenten und dem oder der Nationalen Sicherheitsberaterin kommt eine besondere Bedeutung im Beraterkreis des Präsidenten zu. Zum NSC gehören institutionell der Präsident, der Vize-Präsident, der Außenminister und der Verteidigungsminister. Der Chef des Generalstabs (*Chairman of the Joint Chiefs of Staff*) berät den NSC in militärischen Fragen, der Direktor der Geheimdienste (*Director of National Intelligence*) in Fragen der Intelligence. Der Finanzminister, die Botschafterin bei den Vereinten Nationen, der Nationale Sicherheitsberater, der *Assistant to the President for Economic Policy* und der Stabschef im Weißen Haus werden zu allen Sitzungen eingeladen. Wenn es um Rechtsfragen geht, wird der Justizminister hinzugerufen, so wie der Präsident auch alle anderen Behörden zu Sitzungen einladen kann.

9 Präsident und Berater

Weil der Präsident der letzte Entscheider ist, ist es von großer Bedeutung, wer ihn berät. Das gilt insbesondere für die direkten Berater des Präsidenten, die institutionell im Weißen Haus angesiedelt sind. Denn diese kann der Präsident ohne die

Zustimmung des Senats aussuchen. Sie folgen ihm gewöhnlich aus der früheren Karriere und dem langen Wahlkampf, haben die nächsten Wahlen fest im Blick und zeichnen sich durch ein Höchstmaß an Loyalität gegenüber dem Präsidenten aus (auch wenn das aus seiner Sicht manchmal enttäuscht wird). Wer direkten Zugang zum Präsidenten hat, mit welchem seiner Berater er sich wie häufig und wie lange (und vielleicht unter vier Augen) austauscht, wer aus bestimmten Zirkeln ausgeschlossen wird, das sind wichtige Fragen, um zu beurteilen, in welche Richtung sich die amerikanische Außenpolitik bewegt. In der Kontroverse um die richtige Politik gegenüber dem Irak vor dem dritten Irakkrieg war es ein deutliches Zeichen, als Außenminister Colin Powell, der immer wieder Skepsis gegenüber einem Militäreinsatz vorgetragen hatte, vom Präsidenten gemieden wurde.

Gleichzeitig müssen Präsidenten und Berater zueinander passen. Es kann Entscheidungslagen bis hin zur Entscheidungsunfähigkeit verkomplizieren, wenn das nicht der Fall ist. So lassen sich beispielsweise Präsidenten, die eine kontroverse Diskussion mit möglichst vielen Alternativen suchten, von solchen unterscheiden, die nur die politische Orientierung vorgaben, sich aber weniger um das Management bemühen. Die Präsidenten Eisenhower und Bush sen. gehörten zum ersten Typ; die Präsidenten Reagan und Bush jun. zum zweiten. So spielt die Zusammensetzung der Beraterstäbe eine große Rolle für die Handlungsfähigkeit. Die einen Präsidenten brauchen miteinander diskutierende und unterschiedliche Positionen einnehmende Berater, die anderen eher die Einmütigkeit in ihrem engeren Umfeld. Bei beiden Typen können gute und schlechte Entscheidungen folgen; darüber sagt diese Unterscheidung nichts aus.

Ein Sonderfall im Weißen Haus ist die Gefahr von *groupthink*.² Darunter versteht man eine Beratungslage, in der alle Beteiligten die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe höher bewerten als die politische Analyse der Lage und deshalb in eine Art zu denken verfallen, die die eigenen Fähigkeiten überbewertet, den Gegner stigmatisiert und verteufelt und aus einer moralischen Überlegenheit heraus weder politische Alternativen diskutiert noch die Folgen des eigenen Handelns abschätzt. Die Invasion in der Schweinebucht im Jahr 1961 ist hierfür eine ebenso lehrreiche Fallstudie wie der Irakkrieg 2003.³ Die herausgehobene und unangefochtene Stellung des amerikanischen Präsidenten kann die Ausbildung von *groupthink* unterstützen.

²Hierzu umfassend: Janis (1992); zum Vorstehenden: Kowert (2002).

³Hierzu ausführlich: Kuntz (2007).

10 Außenpolitik geht nicht ohne Innenpolitik

Der amerikanische Präsident wird in seiner außenpolitischen Handlungskraft nicht allein vom Kongress, sondern auch von den vielen gesellschaftlichen Gruppen und Unternehmen, die im politischen System der USA einen großen Einfluss ausüben, beeinflusst. Das reicht von konkreten wirtschaftlichen Interessen bis zu Lobbygruppen, die die bilateralen Beziehungen der USA zu einem bestimmten Land beeinflussen wollen.

Insbesondere wirtschaftliche Interessen sind sehr häufig mit außenpolitischen Maßnahmen verwoben. Das ist in anderen Staaten auch nicht anders, doch gibt es in den USA zwei Besonderheiten. Die eine ist, dass Wahlkämpfe ungemein teuer sind und Politiker deshalb ständig Spenden sammeln müssen. Durch Spenden können Unternehmen versuchen, Zugang zu politischen Entscheidungsträgern oder sogar Einfluss zu erlangen. Das andere ist die Drehtür, die als Symbol dafür steht, dass der Übergang von der wirtschaftlichen zur politischen Elite in beide Richtungen offen ist. Sehr häufig kommen die Minister des Präsidenten aus der Privatwirtschaft und auch viele Politiker haben dort zumindest einen Teil ihrer Karriere zugebracht.

Die wirtschaftlichen Interessen sind bei allen außenpolitischen Initiativen mit zu befragen, aber es sind nicht die einzigen Interessen. Nicht-Regierungsorganisationen verfolgen bestimmte Ziele – etwa die Einhaltung von Menschenrechten in anderen Staaten – und versuchen damit Gehör bei politischen Entscheidungen zu finden.

Der Präsident muss zudem immer auf seine Darstellung in den Medien achten. Im Kapitel über Medien wird das detailliert beschrieben. Besonders wichtig für ihn ist dabei die Unterstützung, die er in Krisenzeiten in der Öffentlichkeit findet. Diesen *rally around the flag*-Effekt⁴ konnten die Meinungsforscher in vielen Krisen messen. Die Zustimmung zur Politik des Präsidenten steigt sprunghaft an und geht mit nachlassender Krise wieder zurück. Erklärt wird dies dadurch, dass sich die Bevölkerung hinter dem Präsidenten sammelt und ihn als Symbol der nationalen Stärke und Einheit unterstützt. Der größte *Rally*-Effekt, der jemals gemessen wurde, katapultierte Präsident George W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu einem besonders unterstützten Präsident. Er war mit Schwierigkeiten ins Amt gekommen (in Florida entschied ein Gericht den Wahlausgang) und entsprechend niedrig lag seine Zustimmung zu Beginn seiner Präsidentschaft

⁴Siehe hierzu vor allem Mueller (1970).

bei 51 %. Nach den Terroranschlägen schoss diese auf 86 % hoch – ein Zuwachs von 35 %. Dieses politische Kapital brauchte der Präsident dann in den Kriegen auf und schied mit niedriger Zustimmung aus dem Amt. Denn der *Rally*-Effekt wurde zwar schon bis zu 41 Wochen gemessen (bei George Bush und dem Desert Storm Krieg gegen den Irak), länger jedoch noch nicht. Krisen aber gilt es im Amt des amerikanischen Präsidenten zu nutzen.

11 Ein schwacher Präsident?

Die bisherigen Abschnitte zeigen, dass der Präsident einerseits versucht, die politische Führung im Land auszuüben und den Kongress in die Schranken zu weisen, andererseits aber vielfältigen Begrenzungen seiner Macht gegenübersteht: die Exekutive ist fragmentiert; der Kongress verfügt über zahlreiche Einflusschancen auf die Ausgestaltung der Politik; die unabhängige Gerichtsbarkeit stellt eine weitere Begrenzung der präsidentiellen Macht dar und schließlich spielen die Medien und die öffentliche Meinung eine starke Rolle.

Die Präsidenten nutzten bisher zwei unterschiedliche Wege, diese Begrenzung der Macht auszugleichen oder gar zu überwinden. Doch schließen sich diese beiden Typen – die administrative und plebiszitäre Präsidentschaft – nicht grundsätzlich aus. Gewöhnlich verfolgen Präsidenten jederzeit beide Wege, wenn auch von Zeit zu Zeit unterschiedlich intensiv.

Der erste Weg führt zurück in die Wagenburg Weißes Haus, in die administrative Präsidentschaft. Weil sie außerhalb – in den Ministerien und im Kongress – keine Unterstützung für ihre politischen Vorhaben fanden, haben Präsidenten immer wieder versucht, dies über eine Entscheidungsfindung im engsten Zirkel präsidentieller Macht zu bewerkstelligen. Richard Nixon verband das mit der Idee einer grundlegenden Re-Organisation der Bürokratie (was scheiterte); Barack Obama mit einer intensiven Nutzung präsidentieller Dekrete (*Executive Order*). Dies sind Verordnungen an die Exekutive, die der Präsident als ihre höchste Autorität verfügt. Damit nutzt er den Ermessensspielraum, den ihm verabschiedete Gesetze lassen, und verfügt, wie diese Gesetze umgesetzt und angewandt werden sollen. Diese Dekrete gelten aber nur solange sie nicht durch andere präsidentielle Dekrete aufgehoben oder ersetzt werden. Im Zweifelsfall also nur für die Amtszeit eines Präsidenten. Auch der Kongress kann erlassene Dekrete aufheben, indem er entsprechende Gesetze verabschiedet. Da dies aber fast unmöglich ist, wenn der Kongress tief gespalten und praktisch unfähig ist, Gesetze zu verabschieden, gelten die Dekrete als ein wichtiges Mittel des Präsidenten, politische Entscheidungen durchzusetzen.

Hier setzt die wichtigste Kritik an den präsidentiellen Dekreten an. Denn eigentlich ist das politische System der USA so angelegt, dass Präsident und Kongress sich einigen müssen, Kompromisse finden müssen, und nur diejenigen Fragen geregelt werden können, in denen das auch der Fall ist. Die Dekrete eröffnen den Präsidenten die Möglichkeit, sich dieser Aufgabe zu entziehen, weil sie statt einen Kompromiss zu suchen ein Dekret erlassen können. Präsident Obama ist dies vorgehalten worden. Doch ist es eine gewünschte politische Wirkung der Dekrete (im Modell der administrativen Präsidentschaft), Druck auf den Kongress aufzubauen, um ihn zum Handeln zu bewegen. Der Präsident beweist damit, dass er auch dann handlungsfähig ist, wenn der Kongress dies verweigert.

Das idealtypische Gegenstück der administrativen Präsidentschaft ist die plebiszitäre Präsidentschaft. Barack Obama hatte dies nach seiner Wiederwahl versucht, indem er erkannt hat, dass er in direkten Verhandlungen mit dem Kongress nicht weiterkam, um beispielsweise ein neues Einwanderungsgesetz zu verabschieden. Deshalb unternahm er den Versuch, nicht aus dem inneren Zirkel der Macht, dem Weißen Haus, sondern über die öffentliche Meinung Druck auf den Kongress auszuüben, um ihn zur Handlung zu bewegen. Der Präsident kann hierfür seine herausgehobene Stellung nutzen, die praktisch jedes Wort von ihm für Medien interessant sein lässt. Dies gilt umso mehr für die groß inszenierten Reden, die er vor ausgewähltem Publikum halten kann. Auf diese Weise versuchten Präsidenten schon mehrfach die öffentliche Meinung in ihre Richtung zu bewegen, um sodann dafür zu sorgen, dass aus den Wahlkreisen der Druck auf die einzelnen Abgeordneten ausgeübt wird.

Mit den Massenkommunikationsmitteln wurde diese Strategie besser verfügbar. Franklin D. Roosevelt nutzte Radioübertragungen als erster hierfür. Insbesondere Ronald Reagan intensivierte die Fernsehreden. Später inszenierte George W. Bush sogar „großes Kino“, als er vor der Rede, die den Irakkrieg für beendet erklärte, mit einem Kampffjet auf einem Flugzugträger landete, auf dem *Mission Accomplished* stand. Das Beispiel zeigt aber auch: solche Meinungssteuerungen können schief gehen. Denn der Irakkrieg war zu diesem Zeitpunkt eben nicht beendet.

Weil Präsidenten viele Ereignisse nicht kontrollieren können und auch die öffentliche Meinung in den USA nur schwer vorherzusagen ist, birgt der Weg der plebiszitären Präsidentschaft einige Risiken. Es reicht also nicht, dass der Präsident telegen und ein hervorragender Kommunikator ist; das sollte er sowieso sein, wenn er sich für diesen Weg entscheidet. Er braucht auch noch ausreichend Glück, dass keine Ereignisse eintreten, die seine Kommunikationsstrategie durchkreuzen.

12 Der Präsident und die internationalen Beziehungen

Schließlich ist der amerikanische Präsident in der internationalen Politik nur so stark, wie es die USA sind. Es schränken also nicht nur die Legislative und die Gesellschaft den Handlungsspielraum und die Durchsetzungsfähigkeit des Präsidenten ein, er hat in internationalen Verhandlungen und beim Krisenmanagement nur anzubieten, was die USA jeweils an Machtressourcen zur Verfügung stehen haben. Das heißt nicht, dass alle Präsidenten jeweils alle Machtmittel eingesetzt haben. Im Gegenteil: Viele waren vorsichtig, weil sie befürchteten, dass sich diese Ressourcen verbrauchen und die USA langfristig schwächen könnten. Auch urteilen Präsidenten jeweils sehr verschieden, welche Machtmittel zu welchen Zwecken eingesetzt werden sollten, welche angemessen oder effektiv seien. Der Unterschied zwischen den Präsidenten George W. Bush und Barack Obama steht hier beispielhaft. Während für Präsident Bush die amerikanischen Streitkräfte ein bevorzugtes Mittel der internationalen Krisenpolitik waren, schätzte Präsident Obama den Wert der Diplomatie höher. Gewalt übte er hingegen verdeckt durch den Einsatz von Drohnen aus. Beide aber sahen in der Stabilisierung der internationalen Leitwährung US-Dollar eine wichtige Machtressource der USA und verteidigten dessen Stellung in der internationalen Währungspolitik.

Neben den Ressourcen des Landes verfügen die verschiedenen Präsidenten aber auch über mehr oder weniger Charisma und die Fähigkeit, Menschen für ihre Politik zu gewinnen. Das müssen sie im Einzelfall können, wenn es darum geht, die Stimmen von Repräsentanten und Senatoren für Gesetzesvorhaben zu gewinnen. Sie müssen es aber auch der Öffentlichkeit gegenüber leisten, die sie von ihrer Persönlichkeit (ihrem wichtigsten Kapital) und ihrer Politik überzeugen müssen. Schließlich ist der Präsident in den internationalen Beziehungen ein herausgehobener Akteur, weshalb er nicht nur in die eigene Gesellschaft, sondern darüber hinaus auf andere Regierungen und in andere Gesellschaften hinein überzeugend wirken muss, wenn er seine politischen Vorhaben umsetzen will.

Literatur

- Gormley, K. (2010). *The Death of American Virtue. Clinton vs. Starr*. New York: Broadway Paperbacks.
- Kuntz, F. (2007). *Der Weg zum Irak-Krieg. Groupthink und die Entscheidungsprozesse der Bush-Regierung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mueller, J. E. (1970). Presidential Popularity from Truman to Johnson. In *The American Political Science Review*, 64(1), 18–34.

- Neustadt, R. E. (1990). *Presidential Power and the Modern Presidents. The Politics of Leadership from Roosevelt to Reagan*. New York: The Free Press.
- Schlesinger, A. M. (2004). *The Imperial Presidency*. Boston, New York: Mariner Books.

Weiterführende Literatur

- Edwards III, G. C., & Howell, W. G. (Hrsg.). (2009). *The Oxford Handbook of the American Presidency*. Oxford: Oxford University Press. (Eine umfassende Sammlung von Beiträgen zu verschiedenen Themen.)
- Neustadt, R. E. (1990). *Presidential Power and the Modern Presidents. The Politics of Leadership from Roosevelt to Reagan*. New York: The Free Press. (Dieser Klassiker, ursprünglich 1960 erschienen, ist nicht als Einführung geeignet, aber für alle, die weiterlesen möchten.)
- Preston, T. (2001). *The President and His Inner Circle. Leadership Style and the Advisory Process in Foreign Affairs*. New York: Columbia University Press. (Preston betrachtet hier den Führungsstil unterschiedlicher Präsidenten in Fallstudien von Truman bis Bush.)
- Schlesinger, A. M. (2004). *The Imperial Presidency*. Boston, New York: Mariner Books. (Der Klassiker zur imperialen Präsidentschaft, erstmals 1973 erschienen, mit weit zurückreichenden historischen Belegen.)

Die Außenpolitik der USA

Eine Einführung

Jäger, Th. (Hrsg.)

2017, VIII, 323 S. 8 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-13834-3